

Schweiz

Bericht über internationale Religionsfreiheit 2010

Die Bundesverfassung sieht Religionsfreiheit vor; weitere Gesetze und Richtlinien tragen zu einer weitgehend freien Praktizierung des religiösen Glaubens bei.

In der Praxis stellte die Regierung die Achtung der Religionsfreiheit im Grossen und Ganzen sicher. Während des Berichtszeitraums wurde der Bau von Minaretten mittels einer Volksabstimmung verboten.

Es gab vereinzelte Berichte über gesellschaftliche Übergriffe und Diskriminierung auf Grund religiöser Zugehörigkeit, religiösen Glaubens oder Handelns, insbesondere gegen muslimische und jüdische Minderheiten.

Im Rahmen ihrer Politik zur Förderung der Menschenrechte steht die US-Regierung mit der Schweiz in einem Dialog über die Religionsfreiheit.

Abschnitt I. Religionszugehörigkeit der Bevölkerung

Das Land hat eine Fläche von 41 290 Quadratkilometern und eine Bevölkerung von 7,6 Millionen Einwohnern.

Drei Viertel der Bevölkerung gehören nominell entweder der römisch-katholischen Kirche oder der protestantischen Kirche an. Obwohl der tatsächliche Anteil von Kirchgängern weitaus niedriger ist, geben 80% Prozent der Bevölkerung an, religiös zu sein. Davon halten sich nach einer von der Bertelsmann-Stiftung geförderten und im Juli/August 2007 durchgeführten Meinungsumfrage des Religionsmonitors 22% für „sehr religiös“.

Der Zustrom von Einwanderern führte bei Religionsgemeinschaften, die in der Vergangenheit keine grosse Präsenz hatten, zu einem merklichen Wachstum. Nach der Volkszählung des Jahres 2000 stellt sich die Mitgliedschaft der verschiedenen Konfessionen wie folgt dar: 41,8% römisch-katholisch, 35,3% protestantisch, 4,3% muslimisch, 1,8% christlich-orthodox, 11,1% ohne offizielle Religionszugehörigkeit. Zu den Religionsgruppen mit weniger als 1% Bevölkerungsanteil gehören alt-katholische Kirchengemeinden, andere christliche Konfessionen, sowie Buddhisten, Hindus und Juden.

Der Grossteil der Muslime stammt aus Bosnien-Herzegowina, dem Kosovo und Albanien, gefolgt von der Türkei, Nordafrika und anderen arabischen Ländern. Die muslimischen Einwanderer aus den Balkanstaaten und dem südöstlichen Europa lassen sich hauptsächlich in den deutschsprachigen Gebieten der Ost-

und Zentralschweiz nieder, wogegen die aus Nordafrika und anderen arabischen Ländern kommenden Muslime sich meist in der französischsprachigen Westschweiz ansiedeln. Bei den Muslimen handelt es sich mehrheitlich um Sunniten; weitere Gruppen sind unter anderem die Schiiten und Alawiten. Es wird davon ausgegangen, dass ca. 10 bis 15% der Muslime praktizierende Gläubige sind. Es gibt in der Schweiz zwei grosse Moscheen, in Genf und in Zürich, sowie annähernd 120 offizielle Gebetsräume. Darüber hinaus schätzt man, dass es weitere 100 Gebetsräume gibt, von denen sich viele in albanischen, türkischen oder arabischen Gemeinden befinden.

Etwa 75% der jüdischen Haushalte befinden sich in Zürich, Genf, Basel und Bern.

Abschnitt II. Statusbericht zur Achtung der Religionsfreiheit durch die Regierung

Rechtliche/Politische Rahmenbedingungen

Die Bundesverfassung sieht Religionsfreiheit vor; weitere Gesetze und Richtlinien tragen zu einer weitgehend freien Praktizierung des religiösen Glaubens bei.

Artikel 15 der Bundesverfassung garantiert die Glaubens- und Gewissensfreiheit, und das Bundesstrafrecht verbietet jegliche Form von Herabsetzung oder Diskriminierung einer Religion oder deren Anhänger.

Nach geltendem Recht wird der öffentliche Aufruf zum Rassenhass oder Diskriminierung, die Verbreitung rassistischer Ideologien oder die Leugnung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit strafrechtlich verfolgt, und es gab Verurteilungen wegen Antisemitismus und Geschichtsrevisionismus, einschliesslich der Verleugnung des Holocaust.

Es gibt keine offizielle Landeskirche; nach Artikel 72 der Verfassung fallen Religionsangelegenheiten in die Zuständigkeit der Kantone. Die meisten der 26 Kantone (ausgenommen Genf und Neuchâtel, wo es eine Trennung von Kirche und Staat gibt) unterstützen mindestens eine der drei traditionellen Religionsgemeinschaften – römisch-katholisch, alt-katholisch oder protestantisch – mit Steuergeldern. Jeder Kanton regelt die Beziehungen zwischen Kirche und Staat auf eigene Art und Weise. In einigen Kantonen erfolgt die Zahlung der Kirchensteuer auf freiwilliger Basis; in anderen Kantonen muss jemand, der keine Kirchensteuer zahlen will, gegebenenfalls formell seinen Austritt aus der Kirche erklären. In einigen Kantonen ist es Privatfirmen möglich, sich der Zahlung der Kirchensteuer zu entziehen. Einige Kantone gewähren der jüdischen Gemeinde einen „Kirchensteuer-Status.“ Islamische Gemeinden und andere nicht-offizielle Religionsgemeinschaften kommen nicht in den Genuss dieses Privilegs.

Der Staat legt die folgenden kirchlichen Feiertage als gesetzliche Feiertage fest: Karfreitag, Ostern, Ostermontag, Auffahrt, Pfingsten, Pfingstmontag, Weihnachten und den Stephanstag. Der Sonntag ist ein gesetzlicher Feiertag; die Geschäfte bleiben am Sonntag geschlossen und Sonntagsarbeit ist normalerweise nicht erlaubt.

Um eine Steuerbefreiung zu erhalten, muss eine religiöse Organisation sich bei den Behörden registrieren lassen.

Obwohl Gruppen ausländischer Herkunft Bekehrungsarbeit leisten dürfen, ist der Staat im Begriff, neue Gesetze zu erlassen, die dieses Recht einschränken. Ausländische Missionare müssen ein Visum als Seelsorger beantragen, um in der Schweiz arbeiten zu dürfen. Zu den Voraussetzungen für den Erhalt des Visums gehört der Nachweis, dass der Ausländer keinen Schweizer Bürger mit einer entsprechenden Tätigkeit verdrängt, dass der ausländische Antragsteller eine abgeschlossene formelle theologische Ausbildung hat, und dass der ausländische Antragsteller finanziell von der Gastgeberorganisation getragen wird. Die Schweizer Gerichte haben entschieden, dass bestimmte Konfessionen, z.B. Vertreter der Kirche Jesu Christi der Heiligen der Letzten Tage, diese Bedingungen nicht erfüllen. Die Schweiz hat Quoten festgelegt, welche die Einreise von Seelsorger dieser Konfessionen in den Jahren 2010 und 2011 einschränkt, und sie hat die betreffenden Konfessionen informiert, dass ab 2012 keine Visa für ihre Seelsorger gewährt werden. Weiterhin muss die Gastorganisation die Rechtsordnung der Schweiz anerkennen und darf keinen Verstoß gegen diese Rechtsordnung, weder in der Theorie noch in der Praxis, durch ihre Mitglieder dulden.

Gemäss Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer müssen eingewanderte Geistliche zur Förderung ihrer gesellschaftlichen Integration eine Pflichtausbildung absolvieren. Unter anderem soll die Pflichtausbildung sicherstellen, dass solche Geistliche mindestens eine der drei Amtssprachen des Landes beherrschen.

Die Bildungspolitik wird auf kantonaler Ebene beschlossen, wobei die Schulbehörden auf Gemeindeebene bei der Umsetzung einen gewissen Ermessensspielraum haben. In den meisten öffentlichen kantonalen Schulen wird Religionsunterricht angeboten; ausgenommen sind die Schulen der Kantone Genf und Neuchâtel. Normalerweise wird katholischer und protestantischer Religionsunterricht angeboten; in einigen Schulen deckt der Unterricht auch andere Schweizer Religionsgruppen ab. Seit 2002 wird im Kanton Luzern in zwei Gemeinden islamische Religion gelehrt. In einigen Kantonen findet der Religionsunterricht auf freiwilliger Basis statt, und in anderen ist er Pflichtfach; allerdings werden Kinder auf entsprechenden Antrag der Eltern auch regelmässig vom Religionsunterricht befreit. Anhängern anderer Religionsgruppen steht es frei während der entsprechenden Unterrichtsstunden am Unterricht für ihre eigene Konfession teilzunehmen. Ausserdem können Eltern ihre Kinder in private kirchliche Schulen schicken, am von

Religionsgruppen angebotenen Religionsunterricht teilnehmen lassen, oder sie können ihre Kinder zuhause unterrichten.

Eine Reihe von Kantonen hat den Religionsunterricht in öffentlichen Schulen dahingehend reformiert, dass er entweder den traditionellen Religionsunterricht in der christlichen Lehre ergänzt oder komplett durch nicht-konfessionellen Unterricht über Religion und Kultur ersetzt wird. In praktisch allen Kantonen, in denen eine Reform geplant bzw. umgesetzt wird, beabsichtigen die Behörden, den nicht-konfessionellen Religions- und Kulturunterricht für alle Schüler zu einem festen Pflichtfach des Lehrplans zu machen.

Es gibt keine staatlichen Richtlinien bezüglich der Freistellung vom Unterricht aus religiösen Gründen (ausser vom Religionsunterricht) und dieses Thema wird in der Praxis unterschiedlich gehandhabt. Einige Kantone haben Richtlinien herausgegeben, nach denen Schüler nicht vom Schwimm- oder Sportunterricht befreit werden können. Das Bundesgericht hat 2008 seine Entscheidung aus dem Jahr 1993 bezüglich der Befreiung von Schülern vom Schwimm- oder anderem Sportunterricht aus religiösen Gründen überarbeitet. Nach der Entscheidung des Bundesgerichts von 2008 können die einzelnen Kantone bestimmen, wann aus religiösen Gründen Befreiung vom Schwimmunterricht gewährt wird. Um Freistellungen vom Schwimmunterricht zu vermeiden, haben mehrere Kantone entschieden, muslimischen Mädchen das Tragen von Ganzkörper-Badeanzügen zu erlauben.

Die staatliche Fachstelle für Rassismusbekämpfung unterstützte auch weiterhin Antirassismussmassnahmen unter Rückgriff auf finanzielle Mittel aus dem öffentlichen Haushalt. Im Jahre 2009 wurden 59 Projekte mit insgesamt 801.720 US-D (871.470 CHF) unterstützt. Unter anderem wurde für Schulen eine Serie von Geschichtslektionen über Antisemitismus im 20. Jahrhundert entwickelt. Weiterhin wurde für die territoriale Militärpolizei eine Reihe spezieller Sensibilisierungs-Workshops finanziert.

In dem Berichtszeitraum durchlief die Initiative zum Verbot von Minaretten mehrere Phasen. Momentan gibt es in der Schweiz vier Minarette, und zwar in den Moscheen in Genf, Zürich, Winterthur und Wangen.

Bei einer Volksabstimmung am 29. November 2009 stimmten 57,5% der Wähler für eine Verfassungsänderung, die den Bau von Minaretten in der Schweiz verbietet. Zuvor hatten sich die Vorsitzenden der Schweizerischen Volkspartei und der Eidgenössisch-Demokratischen Union jahrelang vergeblich bemüht, eine ähnliche Abstimmung auf kantonaler Basis zu erreichen. Diese Bemühungen wurden von den Kantonsparlamenten jedoch regelmässig als verfassungswidrig abgelehnt. Der Volksentscheid war erfolgreich, obwohl sich die Mehrheit der Mitglieder sowohl des Parlaments als auch des Bundesrates dagegen aussprach und viele führende Schweizer Politiker ein solches Verbot als einen Widerspruch gegen die Grundwerte der Schweizer Bundesverfassung und eine Verletzung ihrer internationalen Pflichten sahen. Der Volksentscheid führte zu einer

Ergänzung der Verfassung: „Der Bau von Minaretten ist verboten.“ Diese Ergänzung hatte keine Auswirkungen auf die vier bestehenden Minarette bzw. Baumassnahmen oder Gottesverehrung in Moscheen.

Am 23. Juni 2010 nahm die parlamentarische Versammlung des Europarats die Empfehlung an, die Schweiz zu einem Widerruf des Verbots von Minaretten aufzufordern, da das Verbot Muslime diskriminiert. Die fünf Schweizer Parlamentsmitglieder des Europarats stimmten ebenfalls für die Empfehlung.

Einschränkungen der Religionsfreiheit

Die Regierung respektierte in der Praxis im Grossen und Ganzen die Religionsfreiheit. Neben dem Gesetz zum Verbot von Minaretten gab es auf örtlicher Ebene einige Einschränkungen.

Die Einwanderungsbehörden haben eingewanderte Geistliche um Achtung der öffentlichen Ordnung gebeten und Imamen, die als „Fundamentalisten“ gelten, Aufenthaltsgenehmigungen verweigert.

Von ansässigen islamischen Organisationen gab es Beschwerden, dass sie von den Behörden vieler Kantone und Gemeinden diskriminiert werden, indem man ihnen die Genehmigung für den Bau von Moscheen und muslimischer Friedhöfe verweigert.

Das Tierschutzgesetz verbietet rituelle Schlachtungen für koscheres bzw. Halal-Fleisch, aber die Einfuhr dieses Fleisches ist weiterhin legal und möglich.

Am 4. Mai 2010 fasste das Parlament des Kantons Aargau den Beschluss, bei der Bundesregierung eine Initiative für das Verbot des Tragens der Burka (muslimischer Ganzkörperschleier) zu beantragen und rief damit eine landesweite Debatte über das Verbot des Tragens der Burka ins Leben.

Es gab keine Berichte über religiöse Gefangene oder Häftlinge in der Schweiz.

Zwangswise religiöse Bekehrung

Es gab keine Berichte über zwangsweise religiöse Bekehrungen.

Verbesserungen und positive Entwicklungen in Bezug auf Religionsfreiheit

Aufgrund der steigenden Zahl muslimischer Soldaten hat die Armee Richtlinien zur Sonderbehandlung ihrer muslimischen Angehörigen in Bezug auf Mahlzeiten und Gebetszeiten erlassen.

Am 27. Januar 2010 organisierte die Innergemeinschaftliche Koordinationsstelle gegen Antisemitismus und Diffamierung (Coordination Intercommunautaire contre l'Antisémitisme et la Diffamation, CICAD) eine Feier, in der unter Mitwirkung von Vertretern der Regierung des Kantons Genf Überlebende des Holocaust geehrt und eine Ausstellung über den Shoah eröffnet wurde. Vom 28. Januar bis zum 2. Februar besuchten ca. 1.500 Studenten die Ausstellung.

Abschnitt III. Statusbericht zur Gesellschaftlichen Achtung der Religionsfreiheit

Es gab vereinzelte Berichte über gesellschaftliche Übergriffe und Diskriminierung. Es lässt sich schwer feststellen, ob diese Vorfälle auf religiöse Zugehörigkeit, Glauben, Religionsausübung oder auf ethnische Abstammung und Kultur zurückzuführen sind. Einige Beobachter äusserten Besorgnis über das soziale Klima für religiöse Minderheiten, insbesondere Juden und Muslime.

In ihrem vierten Bericht über die Schweiz vom 15. September 2009 äusserte die Europäische Kommission gegen Rassismus (ECRI) Besorgnis über die Verbreitung von Vorurteilen und rassistischen Klischeevorstellungen gegenüber Muslimen innerhalb der Bevölkerung, welche in einigen Fällen zu Diskriminierung, vor allem auf dem Arbeitsmarkt, führt. ECRI drückte weiterhin Besorgnis aus über Vorfälle von Intoleranz gegen die jüdische Gemeinde und empfahl der Regierung, ihre Anstrengungen zur Bekämpfung von Antisemitismus zu verstärken; insbesondere wurde Bezug genommen auf die Initiative für das Verbot des Baus von Minaretten, sowie anonyme antisemitische Flugblätter und Leserzuschriften an Tageszeitungen.

Nach statistischen Erhebungen der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus gab es 2009 66 Meldungen über Vorfälle gegen Ausländer oder Minderheiten, was gegenüber 93 Vorfällen im Jahr 2008 einen Rückgang darstellt. Diese Zahlen beinhalten schriftliche und verbale Attacken, welche weitaus häufiger vorkamen als tätliche Angriffe. CICAD verzeichnete 2009 insgesamt 153 antisemitische Vorfälle im westlichen französischsprachigen Teil des Landes, die von verbalen und schriftlichen Attacken bis hin zu beleidigendem Graffiti und Vandalismus gegen jüdisches Eigentum reichten. Im Jahre 2008 stellte CIDAD im gleichen Teil des Landes 96 antisemitische Vorfälle fest. Darüber hinaus verzeichnete der Schweizerische Israelische Gemeindebund 28 antisemitische Vorfälle in der deutschsprachigen Region, im Vergleich zu 21 Vorfällen in 2008. Bei ca. einem Drittel dieser Vorfälle handelte es sich um Vandalismus und Graffiti. Bei einem Fünftel ging es um Drohungen und Belästigungen, und bei fast einem Drittel handelte es sich um Verbalattacken. In seinem Jahresbericht stellte der Schweizerische Israelische Gemeindebund fest, dass in der Schweiz im Vergleich zu anderen europäischen Ländern schwere Vorfälle wie z.B. Verbalattacken gegen Juden und Leugnung des Holocaust äusserst selten vorkommen. Im Laufe des Jahres meldeten

mehrere Schweizer Gemeinden Graffiti mit Hakenkreuzen, und jüdische Organisationen und Mitbürger erhielten antisemitische Flugblätter.

Am 27. Mai 2010 wurde eine Muslimin, die ein Kopftuch trug, in Basel verbal und tätlich angegriffen. Die städtischen Behörden äusserten Besorgnis über den Vorfall. Zum Ende des Berichtszeitraums waren polizeiliche Ermittlungen im Gange.

Am 6. Oktober 2009 machten zwei Männer in einem Zug die Äusserung, dass alle Juden vergast werden sollten. Zeugen riefen die Polizei und beide Männer wurden am Züricher Hauptbahnhof festgenommen.

Am 14. Juli 2009 zerschmetterte ein Unbekannter die Glastür einer Synagoge in Basel und stiess lautstarke Drohungen aus. Die Polizei ermittelt in dem Vorfall.

Am 11. Juni 2009 veröffentlichte die Basler Gruppe der extrem ausländerfeindlichen Partei National Orientierter Schweizer (PNOS) auf ihrer Webseite einen Text, in dem behauptet wurde, dass das *Tagebuch der Anne Frank* auf einem „Lügengerüst“ basiere. Am 22. Juli 2010 wurde der Leiter der Basler Gruppe der PNOS wegen Holocaust-Verleugnung aufgrund des auf der Webseite veröffentlichten Texts zu einer Geldstrafe von 10375 USD (10800 CHF) verurteilt.

Am 11. Januar 2009 zerstörten unbekannte Personen das vordere Fenster eines jüdischen Studiencenters in Genf. Laut dem Generalsekretär der CICAD handelte es sich dabei eindeutig um einen antisemitischen Vorfall. Zum Ende des Berichtszeitraums standen keine weiteren Informationen über die Ermittlungen zur Verfügung.

Vor der Volksabstimmung über das Verbot von Minaretten untersagten einige Kantone mit Bezugnahme auf das Gesetz gegen Volksverhetzung oder Diskriminierung das Aushängen von Postern, auf denen für das Verbot geworben wurde. Die Poster zeigten eine Frau in einer Burka, zusammen mit einer Schweizer Flagge, aus der Minarette wie Fluggeschosse hervor schossen. An anderen Orten wurden die Poster zugelassen mit der Begründung, sie fielen unter den Schutz des Gesetzes der freien Meinungsäusserung. Eine Reihe von Nicht-Regierungsorganisationen, Politiker und Menschenrechtsexperten der Vereinten Nationen äusserte Bedenken über die Poster.

Die Befürworter der Initiative vom 29. November zum Verbot von Minaretten hielten entgegen, dass der Bau von Minaretten einen religiösen und politischen Machtanspruch darstelle, der das säkulare Schweizer Rechtssystem in Frage stelle. Viele nicht-muslimische religiöse Organisationen forderten eine Ablehnung der Initiative und drückten Bedauern über die letztendliche Verabschiedung der Initiative aus. Der Bundesrat lehnte das Verbot ab und veröffentlichte Stellungnahmen, in denen die Initiative als eine Verletzung der „garantierten

internationalen Menschenrechte“ und einen Verstoss gegen die „Grundwerte“ der Bundesverfassung bezeichnet wurde.

Am 1. November 2009 schrieben zwei Stadträte der rechtsextremen Lega-Partei in Lugano in ihrer Parteizeitschrift, dass der geplante Bau einer Moschee eine Provokation darstelle, und dass sie dieser Provokation mit nicht näher beschriebenen eigenen Provokationen begegnen würden, falls die Moschee gebaut werde.

Am 31. Oktober 2009 hielt der Holocaust-Verleugner Bernhard Schaub eine Rede bei einer Versammlung der Anti-Zensur-Koalition, einer sektiererischen christlichen Organisation. Schaub kritisierte, dass die Anti-Rassismusetze der Schweiz gegen die freie Meinungsäusserung verstossen.

Am 12. Oktober 2009 hielt der israelische Redner Avi Lipkin im Kanton Bern einen Vortrag und forderte ein Verbot des Islams. Eine Gruppe Muslime stellte Strafanzeige gegen den Redner.

Zum Ende des Berichtszeitraums standen keine weiteren Informationen zur Verfügung über die polizeilichen Ermittlungen bezüglich des Vorfalls von 2007, bei dem ein 23-jähriger Moslem im islamischen Zentrum in Crissier in der Nähe von Lausanne mehrere Schüsse abgab und einen 43-jährigen Kirchgänger schwer verletzte. Der Mann wurde festgenommen. Viele Nicht-Regierungsorganisationen koordinierten landesweit interkonfessionelle Veranstaltungen zur Förderung der Toleranz.

Vom 1. bis 8. November 2009 schlossen sich religiöse Gemeinden in ca. 40 Städten landesweit zusammen und feierten unter dem Motto „Einander Kennenlernen“ eine „Woche der Religionen.“ Eine Woche lang luden sich Katholiken, Protestanten, Muslime, Juden, Hindus, Buddhisten und Baha'i gegenseitig in ihre Gottesdienste ein und hielten eine Reihe von Sonderveranstaltungen wie Musikkonzerte, Podiumsdiskussionen, Gespräche am runden Tisch sowie offene Diskussionsforen ab.

Jüdische Gemeindeführer berichteten, dass eine von ihnen organisierte jährliche Reise nach Auschwitz/Polen für Lehrer und Studenten mit dem Ziel der Bewusstseinsbildung einen positiven Multiplikationseffekt in den Klassenzimmern hatte.

Abschnitt IV. Politik der US-Regierung

Im Rahmen ihrer Politik zur Förderung der Menschenrechte steht die US-Regierung mit der Schweiz in einem Dialog über die Religionsfreiheit.